



Religion und Aufklärung

## Islam und säkularer Staat

Gastkommentar  
von MARTIN GRICHTING

Der Islamische Staat und dessen Terror-Ableger in Europa haben liberal gesinnte Muslime auf den Plan gerufen. Sie finden mit ihren Aufrufen nach einer Neuinterpretation des Islam zu Recht im Feuilleton Resonanz, bilden jedoch keineswegs den Mainstream der muslimischen Welt ab. Hinzu kommt, dass reformerische Forderungen, religiös motivierte Aufrufe zu Mord, Versklavung und Verstümmelung nicht länger wörtlich zu nehmen, nicht ausreichen, um den Islam mit der säkularen freien Gesellschaft kompatibel zu machen.

Aufrufe zu Gewalt und entsprechende Taten sind freilich nicht ein Problem des Islam allein. Auch das Christentum und die Aufklärung haben diesbezüglich bekanntlich keine reine Weste. Und in hinduistisch sowie buddhistisch geprägten Ländern bekundet man heute noch Mühe, Andersgläubigen ihre vollen bürgerlichen Rechte zuzugestehen.

Letztlich vermögen Anhänger einer Religion nur friedlich und konstruktiv in einer freien und offenen Gesellschaft zu leben, wenn ihre Religion aus den eigenen Ressourcen diese Gesellschaftsform legitimiert. Judentum und Christentum gelingt dies, weil die Aufklärung ihr Kind ist, auch wenn sie dieses Kind lange als illegitim betrachtet haben mögen.

Judentum und Christentum kennen die Zweistufigkeit von Schöpfung und Religion: Bevor Gott durch die Propheten und dann durch Jesus Christus offenbarend – also «religiös» – in die Welt spricht, schafft er zuerst diese Welt. Sie ist, wie im ersten Buch der Bibel steht, «gut». Die Natur mit ihren Gesetzen, der Staat und das Recht, die Gesellschaft und die Kultur: Sie haben ihren Wert und ihren Bestand bereits vor der offenbarten Religion. Gegenüber den Theokratien der damaligen Zeit – im Orient, in Ägypten, in Griechenland und Rom – hat das Christentum deshalb den Staat als zwar von Gott geschaffene, aber vorreligiöse und damit säkulare Wirklichkeit betrachtet. Deshalb kann man sagen: Säkularität ist ein religiöses Konzept, ein Erbe des jüdisch-christlichen Denkens.

Noch heute wird diesem Konzept nachgelebt, wenn ein Kind zuerst geboren und erst später zur Taufe gebracht wird: Christ wird man nicht durch Geburt, sondern das Christsein kommt zur bereits bestehenden Würde als Mitglied der Spezies Mensch hinzu. Im Islam herrscht ein anderes Denken vor.

Nach gängiger Lehre ist die Natur des Menschen (fitra) islamisch. Wer nicht als Muslim lebt – sei er als «Schriftbesitzer» ein Jude oder Christ, oder sei er gar ein «Ungläubiger» –, ist seiner Natur entfremdet, was sich dann auch in seiner ge-

minderten Stellung in rechtlichen und politischen Angelegenheiten niederschlägt. Dieses Denken prägt bis heute auch die Staatsauffassung. Die 1990 von 45 islamischen Staaten unterzeichnete Kairoer Menschenrechtserklärung verneint mit der einleitenden Bemerkung, die islamische Gemeinschaft sei von Gott zur besten Form aller Nationen gemacht worden, dass eine vorreligiöse, säkulare Staatlichkeit legitim sei.

Es stellt sich heute drängender denn je die Frage, ob die Angehörigen einer solcherart geprägten Religion in einem säkularen Staat konstruktiv mitwirken können. Alexis de Tocqueville war in seinem Werk «Über die Demokratie in Amerika» pessimistisch. Er wies darauf hin, dass Mohammed nicht nur religiöse Theorien vom Himmel geholt habe, sondern auch politische Maximen, bürgerliche und strafrechtliche Gesetze sowie wissenschaftliche Theorien. Deshalb könne der Islam in Zeiten der Aufklärung und der Demokratie keinen Bestand haben, anders als das Christentum, das nur über die Beziehung des Menschen zu Gott spreche und darüber hinaus zu keinem Glauben verpflichte.

Die Herausforderung für den Islam besteht deshalb nicht nur darin, dass versucht werden muss, seine religiösen Lehren im Sinne der Gewaltfreiheit neu auszulegen. Es stellt sich vor allem die Frage, ob aus seinen theologischen und rechtlichen Quellen eine positive Sichtweise auf die Schöpfung, auf das Vorislamische und damit auf das Säkulare legitimiert werden kann.

Aussagen des Korans zur Herrlichkeit und Schönheit der Schöpfung sind durchaus vorhanden. Ob es gelingt, daraus eine Schöpfungstheologie zu formen, welche Säkularität nicht als Abfall von Gott, sondern als Ausdruck seiner Wirksamkeit als Schöpfer zu verstehen vermag, ist derzeit offen.

Diese Arbeit wird freilich nicht von den im Westen lebenden islamischen Gelehrten allein geleistet werden können, sondern muss aus der Mitte der Religion selbst kommen. Sonst werden weitere Versuche scheitern, auf eine Religion, die Säkularität nicht legitimiert, eine säkulare Staatlichkeit zu stützen.

Das Beispiel der Türkei zeigt ja, dass nach einer Zeit der Gärung Säkularität von der darunterliegenden Religion als Fremdkörper wieder abgestossen wird. Kommt es hier nicht zu einer Neubestimmung der theologischen Grundlagen, wird Religion auch für die im Westen lebenden Muslime ein Hemmschuh bleiben, der ihre Integration erschwert. Denn der Gläubige wird weiter vor dem Dilemma stehen, entweder kein wirklicher Europäer oder kein echter Muslim zu sein.

Martin Grichting ist Generalvikar des Bistums Chur.

Globale Sicherheitspolitik

## Wie der Westen mit Russland umgehen soll

Gastkommentar  
von GERNOT ERLER

Zu der Frage, wie der Westen mit Russland umgehen soll, gibt es unterschiedliche Ratschläge. Die einen sagen: «Moskau versteht nur eine Sprache, die der entschlossenen Härte», andere wenden ein: «Russland wird als Partner bei Konflikten und globalen Problemen gebraucht – das sollte sich in unserem Verhalten widerspiegeln.» In letzter Zeit hört man, vor allem von sogenannten «Russland-Verstehern», auch die Forderung, «alles auf null zu stellen» und einen radikalen Neuanfang zu wagen. Soll heissen, vergessen wir Krim und Ostukraine, und kehren wir zum «business as usual» zurück. Es überrascht nicht, dass eine Mehrheit der russischen Gesprächspartner diese Forderung unterstützt. Aber auch im Westen finden solche Positionen Beifall.

Es geht aber nicht um Beifall, sondern um die Tatsache, dass mitten in Europa ein Krieg geführt wird, der schon über zehntausend Todesopfer gefordert hat. Die russische Annexion der Krim und Moskaus Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine verstossen beide gegen tragende Prinzipien der europäischen Friedensordnung, also gegen das Regelwerk der Schlussakte von Helsinki von 1975 und gegen die Charta von Paris für ein neues Europa von 1990. Russland ist an dieses Regelwerk gebunden, das etwa zur Beachtung der Staatensouveränität, der Unantastbarkeit von Grenzen und des Gewaltverzichts verpflichtet.

Europa hat vernünftig und verhältnismässig auf diese Regelverletzungen reagiert. Es hat jede militärische Lösung dieses Konflikts kategorisch ausgeschlossen und grosse Anstrengungen im Sinne einer politisch-diplomatischen Konfliktlösung unternommen. Im Ergebnis haben wir einen detaillierten Friedensfahrplan mit 13 Punkten (das Minsk-II-Agreement vom Februar 2015), den beide Konfliktparteien akzeptiert haben. Deutschland und Frankreich vermitteln in dem sogenannten «Normandieprozess» zwischen Russland und der Ukraine, während im Rahmen der «trilateralen Kontaktgruppe» der OSZE in Minsk in vier Arbeitsgruppen, an denen auch die ostukrainischen Separatisten beteiligt sind, ständig nach neuen konkreten deeskalierenden Massnahmen gesucht wird.

Punkt eins des Minsk-Abkommens sieht einen sofortigen und vollständigen Waffenstillstand vor. Aber trotz fortwährenden Neustarts zur Umsetzung dieser Vereinbarung werden die Kampfhandlungen fortgesetzt. Selbstverständlich könnte der russische Präsident die Separatisten, die von

russischer Unterstützung abhängig sind, zur Einstellung der Schusswechsel zwingen. Und selbstverständlich könnte der ukrainische Präsident dasselbe bei seinen Kämpfern vor Ort durchsetzen. Aber es passiert nicht. Ganz offensichtlich fehlt auf beiden Seiten der politische Wille, das, was man vereinbart hat, auch tatsächlich umzusetzen. Das einzige politische Druckmittel, das der Westen gegenüber Moskau dabei zur Verfügung hat, nämlich die Wirtschaftssanktionen, entfaltet keinerlei Wirkung.

Viele sagen, Minsk sei gescheitert. Aber wofür sollte man diesen detaillierten Friedensplan aufgeben – für Neuverhandlungen, die auf ein Minsk-Minus hinauslaufen würden? Dafür will im Moment keiner die Verantwortung übernehmen. Aber die Uhr tickt. Es kann nicht ewig so weitergehen, dass sich Putin und Poroschenko fast wöchentlich zu Minsk bekennen, aber nicht für eine Durchsetzung des Waffenstillstands sorgen. Das wird immer mehr zu einem unwürdigen Spiel, unter dem alle betroffenen wechselseitigen Beziehungen leiden. An dem Ziel einer politischen Konfliktlösung kann es keine Abstriche geben. An einer Isolierung Russlands kann aber niemand interessiert sein – sie würde die Moskauer Verweigerungsposition nur verstärken. Wir brauchen den Dialog, der sich auch auf die Entstehung der tiefen Entfremdung erstrecken muss, die sich zwischen Russland und dem Westen in den letzten zwanzig Jahren entwickelt hat. Und dieser Dialog muss nach Wegen fahnden, wie wir doch noch das tägliche Blutvergiessen in der Ostukraine beenden können. Und er sollte zu konkreten Schritten der Deeskalation auch in unserem immer gefährlicher werdenden Alltag führen: Das fängt mit der Rückkehr zu einer umfassenden, auch militärischen Zusammenarbeit im Nato-Russland-Rat an und könnte fortgesetzt werden mit einem Stopp weiterer Truppenstationierungen an den Grenzen, einer Reduzierung der ständig wachsenden Zahl von Militärmanövern auf beiden Seiten, einer Vereinbarung zur Vermeidung militärischer Überflüge ohne Ankündigung und Transponder bis hin zu neuen Verabredungen über Abrüstungsschritte im Rahmen der OSZE. Das wären konkrete Schritte zu einer dringend erforderlichen Trendwende in den prekär gewordenen Beziehungen zwischen Russland und dem Westen.

Gernot Erler ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Russland-Beauftragter der deutschen Regierung; von 2005 bis 2009 war er Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen. Der Beitrag entstand im Rahmen des NZZ-Podiums Berlin zum Thema «Russland».